

# Atomtransport soll im Frühjahr rollen

Hameln  
Markt  
21.7.2010

## Brennstäbe für AKW Grohnde / Kritik der Gegner

**Grohnde** (nl). Das Bundesamt für Strahlenschutz hat bekannt gegeben, dass eine Transportgenehmigung für die MOX-Brennelemente zum AKW Grohnde mittlerweile beantragt wurde. Demnach soll der lang erwartete Transport von spaltbarem Material aus England zum Eon-Kraftwerk Grohnde im Januar, Februar oder März 2011 stattfinden. Die Route ist noch unklar. Eine Sprecherin des Bundesamtes sagte, ihre Behörde prüfe die Strahlen-Sicherheit des Transportverfahrens, der Transportweg sei Sache des Energieversorgers und der Innenbehörden der beteiligten Länder.

Nach Angaben von Eon ist geplant, die 16 Brennelemente mit einem Frachtschiff von England – genauer gesagt von der Atommüll-Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield – nach Norddeutschland zu bringen. Als Zielhäfen kämen Bremerhaven, Bremen und Cuxhaven in Betracht. Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hatte in den zurückliegenden Diskussionen



Im Frühjahr 2011 soll der Transport der Brennelemente von England aus nach Grohnde stattfinden. Foto: nl

Cuxhavener Hafenbetreiber gegen die geplanten Atommülltransporte aus.

Es bleibt also noch offen, wo das Schiff anlegen wird. Anschließend soll die hoch radioaktive Fracht per Bahn entlang einer unbekanntenen Route zum Atomkraftwerk Grohnde gebracht werden. Für den Ablauf des Transports und die genaue Route ist das niedersächsische Innenministerium zuständig.

Der regionale Grüne Landtagsabgeordnete Christian Meyer hat die Ankündigung des Castor-Transports mit hochgefährlichen MOX-Brennelementen nach Grohnde scharf kritisiert: „Dieser geplante Transport ist unnötig,

hochgefährlich und widerspricht dem beschlossenen Atomausstieg. Er stellt für die Bevölkerung in der Region ein erhebliches Risiko und eine Bedrohung dar.“ Die Grünen lehnen auch den Einsatz von MOX-Brennelementen entschieden ab. Meyer, der auch stellvertretender energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion ist, weist auch darauf hin, dass die Bürgermeister und Räte der möglichen Zielhäfen einen solchen Atomtransport über ihr Gebiet bislang entschieden abgelehnt haben, weil die Sicherheitsgefahren für die Bevölkerung zu hoch seien. „Daher bleibt unklar, wo die gefährliche Fracht an Land kommen soll“, sagte

der Grüne. Und das niedersächsische Innenministerium verheimlichte den genauen Termin und die Route des Transports.

Empört reagierte auch die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller: „Die Durchführung eines solchen Transports ist nicht zu verantworten, da die regionale Bevölkerung einer enormen Gefahr ausgesetzt würde. Des Weiteren ist sie nicht mit dem 2002 beschlossenen Atomausstieg vereinbar.“

Lömö: „Die MOX-Brennelemente enthalten als Kernbrennstoff eine Mischung aus Uranoxid und dem hochschädlichen Plutoniumoxid, welches schon in der geringsten Menge Krebs hervorruft. Außerdem reicht der Plutoniumanteil eines dieser Brennelemente bereits aus, um atomare Waffen herzustellen. Des Weiteren verringert der Einsatz von MOX-Brennelementen die Sicherheit im Reaktor, da sowohl die Wirksamkeit der Steuerstäbe verringert wird als auch eine höhere Borsäure-Konzentration im Kühlwasser notwendig ist, um den Reaktor störungsfrei zu halten.“

Eine weitere Gefahr bestehe ihrer Aussage nach darin, dass abgebrannte MOX-Brennelemente eine doppelt so starke Strahlung freisetzen wie herkömmliche Brennelemente. Daher sind dann auch das Personal und die Anwohner einer verstärkten Strahlenbelastung ausgesetzt. „Gerade die Gefahren für Menschen und Umwelt in der Umgebung von Kraftwerken sind Gründe, weshalb der Atomausstieg unter Rot-Grün beschlossen wurde und die jetzt vollkommen außer Acht gelassen werden“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann.

**Ihre nächste Taxe: 74 77**  
Wir sind für Sie da -  
Tag und Nacht

210108013

um den geplanten Transport stets betont, dass sein Land die Transporte aus Sicherheitsbedenken und politischen Gründen für nicht verantwortbar halte. Eine Sprecherin der Landesregierung sagte, an der grundsätzlich kritischen Haltung zu den Atomtransporten habe sich nichts geändert. Am 16. Juli 2009 wurde von Polizei und Feuerwehr im Cuxhavener Hafen bereits das Risiko eines Katastrophenfalls bei einem Atommülltransport geübt. Danach sprach sich der